

„... da wird auch dein Herz sein“

33. Deutscher Evangelischer Kirchentag 1.–5. Juni 2011 in Dresden

Alwin Renker

Dresden, die Hauptstadt des Freistaats Sachsen, im Osten der Bundesrepublik Deutschland, war der Austragungsort des 33. Deutschen Evangelischen Kirchentags. Zur evangelisch-lutherischen Kirche bekennen sich nur 15 % der Bevölkerung, zur römisch-katholischen Kirche nur 4%. Das Erscheinungsbild der 120 000 angemeldeten Kirchentagsteilnehmer und etlichen Tausend Tagesgäste sowie der 6800 Gäs-

te aus dem Ausland war für die Stadt ungewohnt, doch man nahm es gelassen und hatte für einen nahezu reibungslosen Transport der Menschenströme in allen Teilen der Stadt bis hin zur Messe gut gesorgt.



Erzbischof Robert Zollitsch (2. v. r.) besucht seinen „Freiburger Rundbrief“ beim Kirchentag in Dresden.
Foto: Sonje Schwennsen.

Die Eröffnungsgottesdienste am Mittwochnachmittag

Begonnen wurde der Kirchentag in einer ansprechenden Liturgie einmal jenseits der Elbe auf dem Königsufer, wo auch die Hauptbühne errichtet war und in Sichtweite ein hoch in die Luft ragendes Kreuz stand, sowie diesseits der Elbe auf dem Neumarkt vor der Frauenkirche und auch auf dem Altmarkt. Die Kirchentagspräsidentin *Katrin Göring-Eckardt* eröffnete den Kirchentag und stellte fest, der 33. Deutsche Evangelische Kirchentag sei der erste gesamtdeutsche Kirchentag seit 1961, als die Mauer noch Ost- und Westdeutschland trennte. Ein Drittel der rund 120 000 Dauerteilneh-

mer komme aus der Kirchentagsregion zwischen Prag und Berlin, Eisenach und Görlitz. Der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, *Jochen Bohl*, predigte über die Kirchentagslosung Mt 6,21 „... *da wird auch dein Herz sein*“. Geld mache nicht glücklich. Bundespräsident *Christian Wulff* forderte in seinem Grußwort auch das Recht der Religionsfreiheit in Ländern, in denen die Christen unterdrückt würden. Der katholische Bischof von Dresden-Meißen, *Joachim Reinelt*, wünschte sich ein Seil, das von der Kathedrale hinüber zur Frauenkirche gespannt sei und daran ein Schild mit der Aufschrift: *Wir sind vereint*. Weitere Grußworte sprachen der Ministerpräsident von Sachsen, *Stanislaw Tillich*, und der erste Bürgermeister von Dresden, *Dirk Hilbert*. Am Abend waren geschätzte 300 000 Menschen beim „Abend der Begegnung“ zwischen Albertplatz und Altmarkt, Marienbrücke und Carolabrücke.

Die Bibelarbeit, traditionsgemäß an allen Arbeitstagen von 9.30–10.30 Uhr, beschäftigte sich mit Mt 5,1–12; Dtn 30,6–20 und Mt 6,19–34. Die Bibelauslegung geschah nicht allein durch kirchliche Amtsträger, sondern auch durch Männer und Frauen aus Politik und Wirtschaft, Medizin und Wissenschaft, durch Journalistinnen und Journalisten sowie Künstlerinnen und Künstler. Die frühere Bischöfin und Ratsvorsitzende der EKD *Margot Käßmann* war sowohl in der Bibelarbeit als auch zu anderen Themen die am meisten gefragte Persönlichkeit. Tausende waren von ihrem hartnäckigen Beharren überzeugt, auf jegliche militärische Intervention bei Konfliktfällen wie in Afghanistan oder Libyen zu verzichten.

Am Himmelfahrtstag feierten Zehntausend, darunter Tausende Bläser, im Dresdner Dynamo-Stadion einen Ökumenischen Gottesdienst. Die Predigt hielt der katholische Bischof *Joachim Reinelt*. Er fragte, ob dieses Kirche-Sein bloße Selbstdarstellung sei, und gab die Antwort: Nein! Es sei Auftrag des Kirchentags, schärfer zu sehen, wo es Probleme gebe, und dann zu handeln. „Wir dürfen Glauben nicht nur reden, sondern müssen ihn leben.“ Mit Taten könnten Skeptiker animiert werden, sich zu öffnen. Er habe die Bereitschaft dafür vernommen.

Wie viel Integration braucht die Demokratie?

Bundespräsident *Christian Wulff* diskutierte mit der jungen Deutschtürkin *Aylin Selcuk*, mit dem Soziologen *Armin Nassehi* aus München, mit *Betül*

Durmaz, einer Lehrerin, und mit *Grigori Lagodinsky* von der Jüdischen Gemeinde Kassel. 5000 Menschen hörten zu, weitere 1500 saßen vor der Eis-Arena am Stadtrand Dresdens. Wulff hatte zum 3. Oktober 2010 in einer Rede behauptet, der Islam gehöre zu Deutschland und dazu fast nur ablehnende Reaktionen erhalten.

Wulff stellte jetzt fest, dass die Angst vor Muslimen dort in der Bundesrepublik am größten ist, wo es keine Muslime gibt. Bei Dresdens Publikum war die Antwort auf Wulffs Appelle für den Islam überaus zustimmend. Wulff forderte, wir bräuchten Offenheit für Fremde, weil diese eine Bereicherung darstellten, und verwies auf die Vorbildfunktion der Kirche. Gerade Christen hätten die Chance zu zeigen, wie sie mit anderen Religionen umgehen, dann könnten wir auch Forderungen an andere stellen, sagte er mit Blick auf die Situation in der Türkei. Es sei unzureichend, wie es dort mit den Rechten von Christen vorangehe.

Armin Nassehi führte aus, man solle die Erfolge trotz einer wenig aktiven Integrationspolitik nicht klein reden. Doch nach wie vor fehle in Deutschland ein Bewusstsein, dass es ein Einwanderungsland ist. Zudem handle es sich vielfach um ein „Unterschichtenproblem“. Auch der Bundespräsident räumte ein, es habe etwa bei der Sprachförderung oder im Bildungssystem Versäumnisse gegeben, auch sei die Arbeitslosigkeit unter jungen Ausländern nach wie vor höher. Zugleich gebe es aber viele Erfolgsgeschichten. Die vergangenen Jahrzehnte hätten gezeigt, dass es nicht ausreicht, Kinder erst mit sechs Jahren für einen halben Tag in die Schule zu schicken und sich ansonsten auf die Eltern zu verlassen.

Darüber hinaus sei es Aufgabe der Politik, den muslimischen Migranten eine Perspektive zu bieten, forderte Grigori Lagodinsky, der selbst mit seinen Eltern aus Russland nach Deutschland gekommen war.

Einzig die Lehrerin Betül Durmaz, die ein Buch über die gescheiterte Integration an ihrer Gelsenkirchener Schule geschrieben hat, goss etwas Wasser in den diskursiven Wein, mit dem man sich langsam auf dem Podium ob so vieler geglückter Migrations- und Aufstiegsgeschichten euphorisierte. Das Muslime- und Integrationsthema, so schien es in Dresden, hat ein wenig an hysterischer Aufgeregtheit verloren – und etwas an Tiefe und Gelassenheit gewonnen. Wenn sich, wofür einiges spricht, hier die christliche Mitte der Gesellschaft trifft, wäre das keine schlechte Nachricht.

50 Jahre christlich-jüdischer Dialog

Die Arbeitsgemeinschaft Juden und Christen beim Deutschen Evangelischen Kirchentag feierte ihr 50-jähriges Bestehen. „Der Kirchentag hat Pionierarbeit geleistet“, sagte der jüdische Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft *Günther Bernd Ginzel*. „Aufbegehrt hatte die Arbeitsgemeinschaft in der Tat mit ihrem ersten ‚Auftritt‘“, schrieb Ginzel im Magazin „*Der Kirchentag*“ (01/2011). „Man wollte den Bruch mit einer Theologie, die eine Schoa ermöglichte. Der weithin noch entschuldigte christliche Antijudaismus wurde als Basis für die Entfremdung und letztlich die ‚Endlösung der Judenfrage‘ entlarvt. Die Kampfansage gegen den Antisemitismus war das eine. Doch für die meisten Kirchentagsbesucher weit aufregender war die ‚Heimholung Jesu in das jüdische Volk‘ (Schalom Ben-Chorin). Die Arbeitsgemeinschaft und die Evangelischen Kirchentage haben 1961 mit einem Prozess begonnen, der das Verhältnis von Juden und Christen, vielleicht wichtiger noch, die Jüdischkeit des Christentums zum Ziel hatte. Für viele Christen war das etwas unerhört Neues: die Erkenntnis, dass die jeweils eigene Wahrheit nicht zwangsläufig auch die Wahrheit des anderen ist [...]. Als Christen und Juden stehen wir heute in der Tradition des Leitmotivs, das vor 50 Jahren auf dem (10. Deutschen Evangelischen) Kirchentag in Berlin formuliert wurde: ‚Der ungekündigte Bund (Gottes mit Israel)‘. Seither denken wir darüber nach und streiten manchmal auch darüber, was das denn konkret für uns ‚Kinder des Bundes‘ bedeutet [...]. Es ist das, was ich von denen gelernt habe, die unsere Arbeitsgemeinschaft gegründet haben. Die Anerkennung unterschiedlicher Wege zum Heil ist im wahrsten Sinn des Wortes ein Friedensdienst.“

Die Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentags *Ellen Ueberschär* sagte bei der Gedenkfeier im Kulturpalast, endlich habe sich in der evangelischen Kirche die Erkenntnis Bahn gebrochen, dass „auch der Christ gemeint ist, wenn der Jude geschlagen wird“. Heute freilich bestehe zwischen den evangelischen Kirchen und der jüdischen Gemeinde eine verlässliche Beziehung auf Augenhöhe, betonte Dieter Graumann, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland. Das gute Verhältnis sei aber gestört durch Gruppen, die sich der christlichen Mission unter Juden widmen; auch mache Sorgen die wachsende Zahl von sog. messianischen Gemeinden, besonders unter Spätaussiedlern jüdischer Abstammung. Der sächsische Landesrabbiner *Salomon Almekias-Siegl* stellte Kirchentagsbesuchern die Dresdner Synagoge vor.

Christliche Friedensethik und Verteidigungspolitik

Der Verteidigungsminister *Thomas de Maizière* und der EKD-Ratsvorsitzende *Nikolaus Schneider* debattierten kontrovers erscheinende Positionen. Der Ratsvorsitzende formulierte vorweg fünf Thesen zur Friedensethik. Grundbegriff der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) ist der Begriff des gerechten Friedens. Der Sicherheitsbegriff ist dem untergeordnet. Sicherheit ist zweitens eine Vorbedingung für den Frieden, aber Frieden ist mehr als Sicherheit. Drittens: Wer den Frieden will, darf keinen Krieg vorbereiten. Viertens: es gibt keinen Frieden, wenn Sicherheit die höchste Priorität hat, denn der Frieden ist ein Wagnis. Fünftens: Die EKD arbeitet nicht mit dem Begriff „vernetzter Sicherheit“, vielmehr verwenden wir den Begriff „menschliche Sicherheit“, der dem Gesichtspunkt der Verwundbarkeit oder Verletzlichkeit menschlicher Existenz besser entspricht. An biblischen Beispielen belegt Schneider, dass, wo militärische Gewalt als äußerstes Mittel eingesetzt werde, mit klaren Kriterien geprüft werden müsse, ob der Einsatz gerechtfertigt ist. Diplomatie und Politik sind besser als Krieg. Materielle Gerechtigkeit dient dem Frieden.

Unsere Soldaten in Afghanistan habe er keineswegs als Krieger erlebt, sondern als Menschen, denen das Zweifelhafte ihres militärischen Einsatzes sehr wohl bewusst ist. Aber – so Schneider – ist das in der Politik auch so? Er glaube, es gebe dort eine große Versuchung, zu schnellen Lösungen zu kommen. Wenn ein Rechtsrahmen, etwa von den Vereinten Nationen, den Krieg als ultima ratio einfordert, ist Schneider selbst die Problematik dieser Forderung bewusst. Als Christ habe er ein hohes Interesse an der Eindämmung massiver Menschenrechtsverletzungen und dass wir dazu auch Machtmittel in der Hand haben. Es sei immer eine Gratwanderung, das Böse sei in der Welt und keiner komme ethisch mit sauberen Händen heraus. Wir werden schuldig durch Tun – wir lebten noch nicht im Reich Gottes und müssten uns mit dem Bösen auseinandersetzen. De Maizière setzt dieser Friedensethik den Freiheitsbegriff gegenüber. Zwar ist es des evangelischen Christen de Maizières Überzeugung, dass – mit Luther – unsere Rechtfertigung allein aus dem Glauben resultiert. Aber wir müssten auch ein Konzept vernetzter Sicherheit haben. Kritiker sagten, dadurch werde das Engagement für Menschenrechte militarisiert. Dem widersprach de Maizière. Auch wenn die Vereinten Nationen sich der Wahrung des Weltfriedens verschrieben haben, bleibt die Frage, was tun, wenn alles Verhandeln nichts nützt? Ein von vornherein festgelegtes

Prüfungsschema zur Anwendung oder Unterlassung militärischer Gewalt könne es nicht geben.

Christen müssten sich schwer tun mit Gewalt, denn es gibt keinen gerechten Krieg, nur einen gerechtfertigten Krieg. Die Bundeswehr werde kritisiert, sie dürfe kein Instrument der Politik werden. Doch, sagte de Maizère. Unsere Ziele mit den USA und den übrigen demokratischen Staaten, die hauptsächlich Soldaten stellen, darunter bisher Indien, sind politisch. Wehe, wenn sich eine Armee verselbständige. Am Schluss der differenzierten Auseinandersetzung ließ Schneider die pragmatische Position de Maizères gelten als legitime Auslegung evangelischen Glaubens.

Zum Thema „*Auf dem Weg zu einer neuen Weltordnung*“ plädierte Bundeskanzlerin *Angela Merkel* (CDU) vor 5000 Kirchentagsbesuchern für eine neue eigenständige UN-Umweltorganisation.

Abschluss und Ausblick

Beim Schlussgottesdienst am Sonntag rief die Frankfurter Pfarrerin *Ulrike Trautwein* in ihrer Predigt zum Thema „Dein Reich komme“ (Mt 6,9–13) zu Zuversicht und Mut auf. „Mitten unter uns ist noch viel möglich“, sagte sie angesichts von Armut und internationalen Krisen: „Die Welt geht nicht einfach den Bach runter! Überall wo Menschen Irrwege nicht fortsetzen, wie zum Beispiel bei der Atomkraft, leuchte etwas vom Reich Gottes auf.“

Zum nächsten Katholikentag vom 16.–20. Mai 2012 luden der ZdK-Präsident *Alois Glück* und der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Erzbischof *Robert Zollitsch* nach Mannheim ein. Der Präsident des Evangelischen Kirchentags *Gerhard Robbers* und Bischof *Gerhard Ulrich* von der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche luden zum nächsten Kirchentag 2013 nach Hamburg ein.

Bei mehr als 2000 Veranstaltungen auf dem 33. Deutschen Evangelischen Kirchentag 2011 ist auch nur deren Aufzählung unmöglich, obwohl viele seelsorgerlich-geistliche, künstlerische und musikalische Veranstaltungen dies verdient hätten. Der vorstehende Beitrag stützt sich auf die vorzüglich informierende Kirchentagszeitung und die Presseberichte in den Lokalzeitungen.